

Bundestagswahl 2021

Der Caritasverband Arnsberg-Sundern fragt für Sie nach ...



Arnsberg
sundern

Außenpolitik

der Bundesrepublik Deutschland:

Was kann Deutschland gegen Ungerechtigkeiten, Ausbeutung und Armut in der Welt tun?

Wie wollen Sie sich für die Menschenrechte einsetzen und Fluchtursachen reduzieren?



Die Parteien antworten ...



SPD

Deutschland soll dazu beitragen, dass Europa eine tragende Rolle bei internationaler Krisenprävention, Friedens- und Demokratieförderung sowie zum Schutz von Menschenrechten einnimmt und unsere Kräfte in Europa gezielt dafür bündeln. Durch die gleichzeitige Erhöhung der EU-Mittel wollen wir Europas Verantwortung in der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe stärken. Wir wollen auch die Handlungsfähigkeiten der EU ausweiten und mehr Eigenständigkeit durch Änderung der Entscheidungsprozesse ermöglichen.

Deutschland ist ein reiches Industrieland und wird weiterhin seine Verantwortung in der humanitären Hilfe ernst nehmen und sich an den steigenden humanitären Bedarf anpassen. Menschen, die in Not geraten sind, lassen wir nicht im Stich. Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen, nicht Geflüchtete. (Dirk Wiese)



FWG

Wir benötigen eine Außenpolitik mit Verantwortung.

Wir wollen die außenpolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts angehen. Deutschland trägt als eine der größten Wirtschaftsmächte der Welt eine große Verantwortung. Dem und der Erwartungshaltung der Staatengemeinschaft entsprechend wollen wir, dass Deutschland sich als zuverlässiger Partner und ehrlicher Vermittler in die Weltpolitik einbringt. Wir wollen durch eine solide, friedliche und berechenbare Rolle die internationale Politik mitgestalten. Friedenssicherung dient auch der Bekämpfung von Terrorismus und von Fluchtursachen.

Der Einsatz für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Gewährleistung von Freiheit, Demokratie, des Rechtsstaats und der Menschenrechte müssen wieder unsere Schwerpunkte werden. Unser internationales Ansehen müssen wir in die Diplomatie einbringen, um gemeinsame Lösungen für globale Probleme zu finden. Hierbei geht es vor allem darum, dem Klimawandel entgegenzuwirken, den Hunger in der Welt zu bekämpfen, die Ressourcensicherheit und insbesondere die Energieversorgung sicherzustellen. Auch müssen wir den Zugang zu Rohstoffen und Wasser für alle sowie die innere und äußere Sicherheit gewährleisten. Wir wollen aber keine außenpolitischen Alleingänge, sondern immer eine Abstimmung mit unseren Verbündeten. Unsere zurückhaltende Kultur in der internationalen Politik war für unser Nachkriegsdeutschland prägend und hat uns das heutige Ansehen eingebracht. Dieses zu bewahren, sehen wir als unsere Aufgabe an. (Sebastian Vielhaber)

Bundestagswahl 2021

Der Caritasverband Arnsberg-Sundern fragt für Sie nach ...



Außenpolitik

der Bundesrepublik Deutschland:

Was kann Deutschland gegen Ungerechtigkeiten, Ausbeutung und Armut in der Welt tun?

Wie wollen Sie sich für die Menschenrechte einsetzen und Fluchtursachen reduzieren?



Die Parteien antworten ...



Bündnis 90 Die Grünen – TEIL1

Die großen Herausforderungen unserer Zeit sind global: Pandemien, die Klima- und Biodiversitätskrise, Hunger, Urbanisierung, Migration und die sozial-ökologische Transformation als besondere Aufgabe. Ausgangspunkt unserer Politik ist eine gestärkte, krisenfeste und handlungsfähige Europäische Union. Als hochentwickelter und exportorientierter Industriestaat gehört Deutschland zu den Hauptverursachern globaler Erwärmung, der auch zu Ausbeutung von Mensch und Umwelt führt, insbesondere auch gegenüber Ländern des globalen Südens. Der Schutz der Menschenrechte verpflichtet zum Klima- und Umweltschutz, umgekehrt schützt Klima- und Umweltschutz Menschenrechte.

Wir wollen alle Politikbereiche in Deutschland auf die sozial-ökologische Transformation ausrichten und einen Nationalen Rat für Frieden, Nachhaltigkeit und Menschenrechte einrichten sowie einen Nachhaltigkeits- und Menschenrechts-TÜV einführen, mit dem relevante Gesetzesentwürfe auf Vereinbarkeit mit den VN-Nachhaltigkeits- und -Klimazielen sowie Menschenrechtsabkommen überprüft werden.

Wir bündeln die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit, internationale Klimafinanzierung und Teile der humanitären Hilfe, um eine globale Transformation entlang der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen und der Pariser Klimaziele zu finanzieren. Dabei halten wir unsere internationalen Zusagen für Entwicklungszusammenarbeit, Klimafinanzierung und Biodiversität ein. Wir setzen uns für den Schutz von Menschen ein, die aufgrund von Extremwetterereignissen oder schleichender Umweltveränderung ihre Lebensgrundlage verlieren und ihre Heimat verlassen müssen. Dafür braucht es Aufenthaltsperspektiven besonders von den Staaten, die am meisten zur Erderwärmung beigetragen haben.

Wir wollen Armut und Ungleichheit weltweit bekämpfen. Wir unterstützen Länder beim Aufbau nachhaltiger und rechthebasierter sozialer Sicherungssysteme und setzen uns auch über Social Cash Transfers für den Zugang von Schul- und Berufsausbildung für Kinder und Jugendliche ein.

Wir treten für eine EU ein, die das Grundrecht auf Asyl garantiert und die Verfahren nach völkerrechtlichen Standards fair und zügig durchführt. Unser Ziel ist es, in gemeinschaftlichen von den europäischen Institutionen geführten Registrierungscentren die Geflüchteten zu erfassen und zu überprüfen, ob Einträge in sicherheitsrelevanten Datenbanken vorliegen. So wissen wir, wer zu uns kommt, und werden zugleich unserer humanitären Verantwortung gerecht.

Die Menschen, die nach Europa kommen, müssen medizinisch und psychologisch erstversorgt und menschenrechtskonform untergebracht werden. Unter Berücksichtigung persönlicher Umstände wie familiärer Bindungen oder der Sprachkenntnisse bestimmt die EU-Agentur für Asylfragen schnellstmöglich den Aufnahme-Mitgliedstaat für die Durchführung des Asylverfahrens. Die Verteilung stützt sich zunächst auf die Bereitschaft von Mitgliedstaaten, Regionen und Städten, Geflüchtete freiwillig aufzunehmen. Wer das tut, erhält Hilfe aus einem EU-Integrationsfonds. Reichen die Aufnahmeplätze nicht aus, weiten alle Mitgliedstaaten im Verhältnis von Bruttoinlandsprodukt und Bevölkerungsgröße verpflichtend ihr Angebot aus oder leisten einen mindestens gleichwertigen Beitrag zu den Gesamtkosten. Das Asylverfahren findet dann im aufnehmenden Mitgliedstaat statt. Vorgezogene Asylverfahrensprüfungen an den Außengrenzen sind damit nicht vereinbar.

...

Bundestagswahl 2021

Der Caritasverband Arnsberg-Sundern fragt für Sie nach ...



Außenpolitik

der Bundesrepublik Deutschland:

Was kann Deutschland gegen Ungerechtigkeiten, Ausbeutung und Armut in der Welt tun?

Wie wollen Sie sich für die Menschenrechte einsetzen und Fluchtursachen reduzieren?



Die Parteien antworten ...



Bündnis 90 Die Grünen – TEIL 2

...

Die Kommission stellt sicher, dass die gemeinsamen Regeln und Standards eingehalten werden und für alle Menschen gelten. Wir werden mit handlungswilligen Ländern und Regionen vorangehen, um die derzeitige katastrophale Situation an den Außengrenzen zu beenden. Wir sind dem besonderen Schutz der Familie gemäß Grundgesetz, VN-Kinderrechtskonvention und Europäischer Menschenrechtskonvention verpflichtet und treten dafür ein, die Einschränkungen beim Familiennachzug wieder aufzuheben. Familien gehören zusammen und das Kindeswohl hat oberste Priorität. Auch Menschen mit subsidiärem Schutzstatus müssen deshalb ihre Angehörigen ohne die bisherigen Einschränkungen nachholen können und mit Geflüchteten gemäß der Genfer Konvention gleichgestellt werden. Wir wollen den Geschwisternachzug wieder ermöglichen.

Die strukturellen Ursachen von Flucht und Vertreibung und unsere dahin gehende Verantwortung rücken wir ins Zentrum unserer Politik. Wir machen uns stark für zivile Krisenprävention und wollen mit einer restriktiven Ausfuhrkontrolle europäische Rüstungsexporte an Diktaturen, menschenrechtsverachtende Regime und in Kriegsgebiete beenden. Wir setzen uns für ein gerechtes Handelssystem und den Aufbau eines kooperativen Weltwährungssystems ein, das auch den Interessen der Menschen im globalen Süden dient. (Maria Tillmann)

Bundestagswahl 2021

Der Caritasverband Arnsberg-Sundern fragt für Sie nach ...



Außenpolitik

der Bundesrepublik Deutschland:

Was kann Deutschland gegen Ungerechtigkeiten, Ausbeutung und Armut in der Welt tun?

Wie wollen Sie sich für die Menschenrechte einsetzen und Fluchtursachen reduzieren?



Die Parteien antworten ...



FDP

Die deutsche Wirtschaft ist ein starker Akteur im globalen Handel. Deutsche Investitionen im globalen Süden bringen fair bezahlte und sichere Arbeitsplätze dort vor Ort. Mehr Handel mit und mehr Investitionen von deutschen Unternehmen helfen, Armut und Ausbeutung wirksam zu bekämpfen. Deshalb muss die nächste Bundesregierung Anreize für mehr Handel und Investitionen schaffen und Entwicklungshilfe auch an die Einhaltung von Menschenrechten knüpfen.

Die universellen Menschenrechte sind die Grundlage jeder freien Gesellschaft und schaffen weltweit die Basis für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Deshalb unterstützen wir Freien Demokraten die Demokratie in Taiwan als Gegenentwurf zum autoritären Herrschaftssystem der Volksrepublik China. Darum stehen wir auch an der Seite der Freiheitskämpfer in Hong-Kong. Deshalb kritisieren wir scharf die Unterdrückung der Uiguren in Xinjiang.

Deshalb wollen wir die Internetfreiheit, das Recht auf Privatsphäre und den Schutz vor Massenüberwachung stärken. Last not least treten wir für die ambitionierte Umsetzung des Nationalen Aktionsplans „Frauen, Frieden, Sicherheit“ ein.

Der Kampf gegen Armut, Unterdrückung und für Frieden ist gleichzeitig das beste Mittel bei der Bekämpfung von Fluchtursachen. Angesichts der zahlreichen Konfliktregionen in der Welt brauchen wir eine noch engere Kooperation mit unseren Partnern in der europäischen Union. Die Friedenseinsätze der Bundeswehr leisten auch einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Lage in vielen Regionen wie z.B. in der Sahel-Zone. (Carl-Julius Cronenberg)

Die PARTEI

Die Partei

Auch als Politiker kann ich allein nicht viel gegen Fluchtursachen unternehmen. Wenn Sie aber etwas tun wollen, spenden Sie an Sea Watch (sea-watch.org), Brot für die Welt (brot-fuer-die-welt.de) oder an Ärzte ohne Grenzen (aerzte-ohne-grenzen.de). Danke. (Andreas Hövelmann)

CDU Herr Merz steht hinter den Forderungen im gemeinsamen Wahlprogramm der Union, Antworten des Parteivorsitzenden Armin Laschet oder von Generalsekretär Paul Ziemiak sind auch für ihn repräsentativ.

DIE LINKE. Trotz Nachfrage haben wir leider keine Rückmeldung der Partei erhalten.

Über die schriftlichen Rückmeldungen der Parteien hinaus haben einige Kandidat*innen auch Kontakt mit uns aufgenommen und das persönliche Gespräche gesucht bzw. Einrichtungen aufgesucht: Friedrich Merz (CDU) mit Christian Stockmann (Caritasverband), Maria Tillmann (Die Grünen) war zu Besuch im Lettershop (heftzwecke), Carlo Cronenberg (FDP) besuchte die Integrationsfirma sowie die Werkstatt Neheim und Dirk Wiese (SPD) war zusammen mit dem Staatssekretär Stefan Zirke im Mehrgenerationenhaus zu Besuch.